



Positionspapier Sexarbeit (Stand Mai 2023)

Als *AIDSHILFE OBERÖSTERREICH* tragen wir das Positionspapier des Expert:innengremiums der AG Prostitution zum Sexkaufverbot vollinhaltlich mit und sprechen uns gegen ein Sexkaufverbot aus.

In unserer Funktion als Anlaufstelle für sexuelle Gesundheit in Oberösterreich sind wir für die Kund:innen von Sexarbeiter:innen eine zentrale Kontaktstelle, wenn es um Fragen zu sexuell übertragbaren Infektionen und deren Testmöglichkeit bei uns geht. Regelmäßige ärztliche Kontrollen bzw. Tests auf sexuell übertragbare Erkrankungen sowie die weitere Unterstützung in Form von Informationen und Beratungen zum Schutz der sexuellen Gesundheit würden durch ein Sexkaufverbot und die einhergehende verstärkte Stigmatisierung stark erschwert.

Die Gesundheitsvorsorge der Sexarbeiter:innen würde massiv leiden, da ein indirektes Prostitutionsverbot eine Kriminalisierung der Inanspruchnahme der angebotenen Dienstleistung (bei gleichzeitiger Negierung), den Verlust des Zugangs zur Sozialversicherung und damit zum Gesundheitssystem zur Folge hätte. Der Schutz gegen Übergriffe durch Kund:innen sowie die Sicherung der allgemeinen Arbeitsbedingungen (inkl. Altersgrenzen) würden durch ein Abdrängen in die Illegalität massiv erschwert. Dies würde eine weitere Steigerung der Vulnerabilität bewirken.

Aus diesem Grund sehen wir die Illegalisierung von Sexarbeit – wie sie aktuell von verschiedenen Seiten gefordert wird – als kontraproduktiv an. Ein Sexkaufverbot würde zu einer weiteren Stigmatisierung und zu einer Kriminalisierung führen, wodurch die Erreichbarkeit von Sexarbeiter:innen und deren Kund:innen weiter erschwert, wenn nicht sogar völlig verhindert werden würde.

Die *AIDSHILFE OBERÖSTERREICH* geht davon aus, dass ein Sexkaufverbot und die dadurch hervorgerufene Verschiebung in die Illegalität einen massiven Anstieg von sexuell übertragbaren Infektionen zur Folge haben wird. Die Beeinträchtigung der Gesundheit der Sexarbeiter:innen als auch der Kund:innen, die weitere Verbreitung von sexuell übertragbaren Infektionen und deren Folgen sowie ein enormer Anstieg der öffentlichen Gesundheitskosten zeichnen sich ab.